

DEMO BERLIN
28.3.2020 13 UHR
POTSDAMER PLATZ
EUROPAWEITER AKTIONSTAG
GEGEN VERDRÄNGUNG UND
#MIETEN
WAHNSINN

Pressemitteilung vom 22.1.2020:
Aufruf zur Teilnahme an Mahnwachen des
Wohnungslosenparlaments

Anlässlich der Zählung der Berliner Obdachlosen hält das Wohnungslosenparlament i.Gr. am 29.1 um 14 Uhr Mahnwachen vor dem Reichstag und dem Roten Rathaus. Die Veranstaltung geht 24 Stunden.

Ziel ist die Einklagbarkeit des Art.28 der Verfassung von Berlin, der jedem Menschen ein Anrecht auf Wohnraum zugesteht.

Zur Zählung von Obdachlosen in der sogenannten „Nacht der Solidarität“, die der Berliner Senat für den 29.1. und 30.1.2020 ausgerufen hat, wird das Wohnungslosenparlament vor dem Reichstag und dem Roten Rathaus zwei Mahnwachen abhalten. Beginn ist jeweils ab 14.00 Uhr am 29.01.2020. Enden werden die Mahnwachen am 30.01.2020. Die Mahnwachen gedenken der tausenden Menschen, die jährlich Opfer einer Rechtslage werden, die das Einklagen von Grund- und Menschenrechten verhindert.

Über die Bezeichnung „freiwillig obdachlos“ kriminalisiert und diskriminiert staatliche Gewalt Menschen, um sie entgegen jedem Menschenrecht zwangszuräumen, zu verschulden oder zu psychiatrisieren. Durch Gesetze wie das Allgemeine Ordnungs- und Sicherheitsgesetz des Landes Berlin (ASOG), das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) und das Polizeigesetz bleiben sie ohne ein Recht auf Selbstbestimmung, wenn sie eine Zwangseingliederung ablehnen. Die Folge sind Wohn- und Obdachlosigkeit, Verelendung, bis hin zum Tod. Diese Schicksale werden an der Mahnwache anschaulich gemacht.

Ziel der Mahnwache am Reichstag in Berlin ist die Einklagbarkeit der Menschenrechte durchzusetzen. Am Roten Rathaus werden die jährlichen ca. 5000 Zwangsräumungen thematisiert. Der Artikel 28 der Verfassung von Berlin garantiert jedoch ein Recht auf angemessenen Wohnraum. Die Politik des Senats von Berlin darf nicht der Einhaltung der Menschenrechte widersprechen und Menschen im Sinne der Profitinteressen von Eigentümern zu Bedürftigen erklären.

Obdach- und Wohnungslose fordern hier ihre Selbstbestimmung und das Menschenrecht auf Wohnen ein.

Das Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn solidarisiert sich deshalb mit den Mahnwachen des Wohnungslosenparlaments und fordert zu deren Unterstützung auf. Als Mieter*innen und Wohnungslose streiten wir gemeinsam für die Einhaltung der Menschenrechte, die nicht den Verwertungsinteressen des Marktes unterliegen dürfen. Am 28.3.2020 werden Initiativen in ganz Europa die Forderung nach Selbstbestimmung von Obdach- und Wohnungslosen und der Durchsetzung des Menschenrechts auf Wohnen, für ein Ende der Verdrängung durch steigende Mieten und der Zwangsräumungen im Rahmen des Housing Action Days auf die Straße bringen.

Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn ///
www.mietenwahnsinn.info

- - - - -

Kontakt:

- **Dietlind Schmidt, Wohnungslosenparlament in Gründung, dschmidt1@hotmail.de,**
- **Nicole Lindner, Wohnungslosenparlament in Gründung / Mieterpartei, Email?, Tel.?**
- **Kim Meyer, Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn, +49-15175202077, presse@mietenwahnsinn.info**

- - - - -

[https://kleineanfragen.de/ber-](https://kleineanfragen.de/berlin/18/15969-zwangsräumungen-in-den-jahren-2016-bis-2018)

[lin/18/15969-zwangsräumungen-in-den-jahren-2016-bis-2018](https://kleineanfragen.de/berlin/18/15969-zwangsräumungen-in-den-jahren-2016-bis-2018)

[https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buer-](https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/verfassung/artikel.41548.php)
[germeister/verfassung/artikel.41548.php](https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/verfassung/artikel.41548.php)